



**Karlsruhe.App**  
Deine Stadt. Immer dabei.

8. März 2024

# StadtZeitung

Amtsblatt der Stadt Karlsruhe

78. Jahrgang

Nummer 10



## Gemeinderat

Fraktionen nehmen Stellung zu aktuellen Themen aus der Lokalpolitik. Seite 2



## Zusammenarbeit

Christlich-jüdische Woche mit Festrede von Stephan Harbarth eröffnet. Seite 3



## Fest der Sinne

City-Quartiere bereiten viele eigene Programmbeiträge vor. Seite 4

Umbau der westlichen Kaiserstraße:

## Haltestelle in zwei Jahren fertig

Fußgängerzone zwischen Kaiserplatz und Hirschstraße / Wegfall von 25 Stellplätzen

Für die Fahrgäste des öffentlichen Nahverkehrs ist die Kombilösung nach Inbetriebnahme des Stadtbahntunnels gefühlt schon seit gut zwei Jahren abgeschlossen. Doch ein kleiner Baustein des Gesamtpakets steht noch aus und soll im kommenden Jahr umgesetzt werden: Es handelt sich dabei um eine zusätzliche Haltestelle am westlichen Ende der Kaiserstraße.

Wie Lothar Lorenz von der Karlsruher Schienen-Infrastrukturgesellschaft (KASIG) bei einer Bürgerinformation zum aktuellen Stand des Sanierungsgebiets Innenstadt West in der vergangenen Woche erläuterte, sollen zwischen Hirschstraße und dem Kaiserplatz zwei neue, barrierefrei zugängliche Bahnsteige erstellt werden. Damit einher geht außerdem die komplette Umgestaltung der Kaiserstraße westlich des Europaplatzes, denn auch das Stadtplanungsamt hat hier einiges vor. Als erste am Zug sind aber die KASIG und die Verkehrsbetriebe. „Wir peilen einen Baubeginn für Sommer 2025 an“,

sagte Lorenz. Zunächst müssten während einer rund dreimonatigen Sperrpause die Gleise auf der westlichen Kaiserstraße grundlegend erneuert werden. Außerdem sind neue kombinierte Masten für Oberleitung und Straßenbeleuchtung vorgesehen, so dass die bisherigen Wandanker entfallen. Anschließend



**Künftig ohne Bahnsteige:** Plan für den Europaplatz. Foto: Mettler

folgt der Bau der Haltestelle, die 2026 in Betrieb gehen soll. Parallel dazu erfährt der Straßenraum eine wesentliche Umgestaltung, indem die Kaiserstraße auf dem Abschnitt zwischen Hirschstraße und Kaiserplatz zur Fußgängerzone wird. Lediglich dem Nahverkehr und den Anwohnenden ist die Einfahrt noch erlaubt.

Im angrenzenden Straßenstück zwischen Hirsch- und Douglasstraße soll zwar noch Kfz-Verkehr gestattet sein, aber auch dort ist eine Neugestaltung vorgesehen, informierte Andrea Thielemann vom Stadtplanungsamt. Zugunsten einer höheren Aufenthaltsqualität, eines großzügigeren Gehwegs und der Pflanzung von 14 Bäumen entfallen die Schrägparkplätze auf der Südseite. Insgesamt soll es auf der westlichen Kaiserstraße 25 Stellplätze weniger geben, wobei Lieferzonen und Parkplätze für Menschen mit Behinderung berücksichtigt werden.

Etwas mehr Zeit benötigt hingegen das zweite ÖPNV-Projekt in der westlichen Innenstadt. Wenn



**Neugestaltung kommt:** Im nächsten Jahr beginnt am Kaiserplatz der Bau einer neuen Straßenbahnhaltestelle. Foto: Müller-Gmelin

alles gut läuft, will die KASIG 2027 mit dem Umbau der Haltestelle Europaplatz in der Karlstraße beginnen und setzt hierfür rund ein- einhalb Jahre Bauzeit an. Sobald das neue barrierefreie Angebot in der Karlstraße zur Verfügung

steht, ist der Rückbau der Bahnsteige auf dem Platz und dessen Neugestaltung vorgesehen. Hierbei sollen dann auch die Imbissbuden weichen, „stadtgestalterisch ist das nicht gewünscht“, betonte Andrea Thielemann. -eck-

## Aktionswochen für Frauenrechte

Heute, am 8. März, ist Internationaler Frauentag. Er ist der Anlass für die bis zum 22. März stattfindenden Karlsruher Frauenwochen. Gleichzeitig feiert Deutschland 2024 drei Jubiläen: 75 Jahre Gleichberechtigung im Grundgesetz, 30 Jahre Gleichberechtigung als Staatszielbestimmung und 30 Jahre Frauenstreik.

Vor 75 Jahren gelang es Elisabeth Selbert und den anderen „Müttern“ des Grundgesetzes gegen Widerstände, den Artikel 3 „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ im Grundgesetz zu verankern. Die tatsächliche Umsetzung ist jedoch mühsam und langwierig. Weiterhin begegnen Frauen im Alltag vielen Ungerechtigkeiten. Die Ausstellung „Gleichberechtigt?!?“ beleuchtet die Kämpfe von Frauen für ihre Rechte und Selbstbestimmung. Sie ist eine Kooperation der Gleichstellungsbeauftragten mit dem Stadtarchiv, zu sehen bis zum 5. April im Neuen Ständehaus.

Weitere Veranstaltungen im Rahmen der Karlsruher Frauenwochen sind auf der städtischen Webseite versammelt. -red-

[karlsruhe.de/frauenwochen](http://karlsruhe.de/frauenwochen)

## Mehr Sicherheit und Komfort

Bauarbeiten an der Radroute 12 im Zeitplan abgeschlossen / Neue Querungshilfen

Neun Bauabschnitte auf neun Monate verteilt und alles trotz zeitweise widriger Witterung in dieser Woche auf den Punkt fertiggestellt – für diese Leistung hatten sich Planer und Bauleitung ein Sonderlob vom Bürgermeister verdient. „Das ist ein guter Tag für den Radverkehr in Karlsruhe“, befand Baudezernent Daniel Fluhrer nach seiner persönlichen Probefahrt auf dem neu gestalteten Abschnitt der Radroute 12. Zwischen der Stephaniestraße und der Binsenschlauchallee erhielten die Hans-Thoma-Straße und Willy-Brandt-Allee nun beidseits neue großzügige Radstreifen, die erheblich mehr Sicherheit und Komfort bieten als die alte Trassierung mit einem kombinierten Rad- und Gehweg. Außerdem entstanden

zusätzliche Querungsiseln für Abbiegende in die Bismarckstraße oder in die Knielinger Allee sowie ein weiterer Fußgängerüberweg in der Moltkestraße. „Ganz im Sinne unserer Strategie einer nachhaltigen Mobilität“, so Fluhrer, sei der Umbau der stadteinwärts führenden Fahrbahn. Einer der beiden Kfz-Fahrstreifen ist ab jetzt nur noch Radfahrenden und Linienbussen vorbehalten. Dadurch werde der ÖPNV beschleunigt ins Zentrum geführt, erklärte der Baubürgermeister. Ebenfalls zur CO<sub>2</sub>-Einsparung trage die auf LED-Leuchten umgerüstete moderne Straßenbeleuchtung bei. Hierfür und für die Erneuerung der Signalanlage an der Moltkestraße wurden insgesamt rund zwei Kilometer Leitungen und

Leerrohre verlegt. Des Weiteren nutzten die Stadtwerke das Bau- feld, um die Wasserleitung bis zur Stephaniestraße zu erneuern. Dass diese verschiedenen Maßnahmen gut abgestimmt verliefen und auch der Verkehr auf der Willy-Brandt-Allee trotz der Erneuerung von rund 11 000 Quadratmeter Asphaltfläche jederzeit rollen konnte, nannte Bürgermeister Fluhrer einen „Meilenstein“.

Die Kosten für die Gesamtmaßnahme belaufen sich auf voraussichtlich rund 2,5 Millionen Euro. Davon werden rund 750.000 Euro aus Fördermitteln durch das Land Baden-Württemberg finanziert. Für besonders klimafreundliche Bestandteile, wie etwa neue Radfahrstreifen oder Querungshilfen gibt es bis zu 75 Prozent Landesför-



**Größeren Raum für den Radverkehr** und Beschleunigung für den ÖPNV gibt es jetzt in der Hans-Thoma-Straße. Foto: Müller-Gmelin

derung. Die Route 12 ist Bestandteil sowohl des örtlichen Radwegnetzes als auch des RadNETZ Baden-Württemberg. Sie verläuft von der Grabener Straße in Neu-

reit über Linkenheimer Landstraße und Willy-Brandt-Allee bis ins Zentrum, wo sie an die Route 21 im Zirkel sowie die Route 11 nach Knielingen anschließt. -eck-

## Einfahrt in Fußgängerzone

Grünes Licht gibt es für schwerbehinderte und pflegebedürftige Menschen, künftig mit Fahrdiensten und Taxiunternehmen die Kaiserstraße befahren zu dürfen. Der Hauptausschuss des Gemeinderats hat sich fraktionsübergreifend dafür ausgesprochen – eine Änderung der Satzung ist jedoch noch notwendig. Vorausgesetzt wird, dass man im Stadtgebiet Karlsruhe wohnt und das Merkzeichen „Bl“ oder „aG“ im Schwerbehindertenausweis steht, oder dass man Leistungen ab dem Pflegegrad 3 erhält. Ziel ist dabei, die soziale Teilhabe weitestgehend uneingeschränkt zu ermöglichen. Die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs sei für diese Menschen mit erheblichem Aufwand verbunden.

### Keine Evaluierung

Von einer vorherigen Evaluierung wurde abgesehen, weil erwartet wird, dass die Fahrten nur zu einer geringen Zunahme des Verkehrs führen. Ende November 2023 hatte sich der Behindertenbeirat mit einem Schreiben an die Ratsfraktionen gewandt und den Wunsch nach einer Erweiterung der Einfahrtsmöglichkeiten in die Fußgängerzone geäußert. -has-

## In elf Sprachen gegen Diskriminierung

Internationale Wochen gegen Rassismus bieten ab 10. März Lesungen, Workshops und Konzerte an

Unter dem Motto „Menschenrechte für alle“ starten am kommenden Sonntag die Internationalen Wochen gegen Rassismus in Karlsruhe. Neben einem umfangreichen Programm hat das ehrenamtliche Organisationsteam in diesem Jahr gleich mehrere Neuerungen auf den Weg gebracht – so wird erstmals in elf Sprachen für die Aktionswochen geworben.

Der Internationale Tag gegen Rassismus wird seit 1966 jedes Jahr am 21. März begangen. Rund um dieses Datum finden seit zehn

Jahren in Karlsruhe die Internationalen Wochen gegen Rassismus statt. Das Ziel der Organisatoren ist es, eine größere Aufmerksamkeit für die Rassismus-kritische Arbeit zu erreichen. „Rassismus ist keine individuelle Haltung, sondern eine Struktur, die auf Ungleichheit und Unterdrückung basiert. Wir setzen uns für ein Karlsruhe der Vielfalt ohne Diskriminierung und Rassismus ein“, erklärte Marion Schuchardt, Mitglied des Organisationsteams, bei einem Pressegespräch im Tollhaus.

Um möglichst viele Menschen zu erreichen, setzt das Team neben mehr als 500 Plakaten erstmals auf Werbung im Fahrgast-TV der Stadtbahnen. Auf der überarbeiteten Webseite ([iwgr-ka.de](http://iwgr-ka.de)) bietet eine Übersetzungsfunktion noch mehr Menschen Zugang zum Programm. Über einen neuen WhatsApp-Kanal können Menschen, die bei einzelnen Events und Anlässen Übersetzungen benötigen, diese anfragen.

Knapp 50 Veranstaltungen stehen in den kommenden zwei Wochen auf dem Programm. Dazu zählen Konzerte, Mahnwachen, Podiumsdiskussionen, Stadtführungen, Workshops und Live-Podcasts sowie ein Aktionstag für Schulen am 20. März. Die Angebote sind bis auf wenige Ausnahmen kostenfrei.

Rund 40 Organisationen, Initiativen, Vereine und Einzelpersonen aus der Stadtgesellschaft haben das vielseitige Programm ermöglicht. In den Blick genommen wer-

den die Themen Kolonialismus, Frauenrechte, kulturelle Aneignung, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Es gibt aber auch praktische Einblicke, etwa in die Arbeit der Flüchtlingshilfe Karlsruhe, und Mit-

mach-Aktionen, wie das Aufpolieren von Stolpersteinen in der Südweststadt. Zukünftig möchte das Organisationsteam weitere von Rassismus und Diskriminierung betroffene Gruppen unterstützen und beraten sowie das mehrsprachige Angebot ausbauen. Marion Schuchardt dankte im Namen aller Beteiligten für die finanzielle Unterstützung seitens der Stadt und die Durchführung der zentralen Veranstaltung. Diese findet unter Federführung des Kulturbüros und des Büros für Integration am 21. März ab 19 Uhr im Tollhaus statt. -jd-



**Das ehrenamtliche Organisationsteam** betont in diesem Jahr besonders das Thema Mehrsprachigkeit. Foto: Denker

## Austausch zum Nahverkehr

Über Besuch aus Israel freuten sich diese Woche die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft (AVG) und die Verkehrsbetriebe Karlsruhe. Eine Delegation informierte sich über das örtliche Stadtbahnnetz, das als „Karlsruher Modell“ weltweites Renommee genießt. Mit ihrer Erfahrung unterstützt die AVG das Konsortium der Unternehmen Alstom, Electra und Minrav bei der Betriebsaufnahme einer Überlandstraßenbahn, die Haifa und Nazareth verbinden soll. Die Besucher konnten im Betriebshof West, Stadtbahntunnel und in der Leitstelle einen Blick hinter die Kulissen des Nahverkehrs werfen. -red-



**Input für die neue Bahnstrecke** erhielt die Delegation. Foto: AVG





**Dr. Iris Sardarabady**  
Stadträtin  
GRÜNE-Fraktion

## In Vielfalt zusammenleben

Allen aktuellen Herausforderungen zum Trotz – die Demonstrationen für Demokratie und Menschenrechte beeindruckten und ermutigten. Auch in Karlsruhe versammelten sich am 20. Januar 25.000 Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft, um gegen eine menschenverachtende Politik der Ausgrenzung zu protestieren, die Millionen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte vertreiben will. Menschen, die selbstverständlich zu Karlsruhe gehören, Menschen aus über 150 Nationen mit den unterschiedlichsten Lebensgeschichten.

Alle zusammen sind wir Karlsruhe – unabhängig davon, wie lange wir hier schon leben und egal, woher wir kommen. Statt vermeintliche, aus der Herkunft abgeleitete, Differenzen zu betonen, betonen wir GRÜNE das Verbindende. Gerade jetzt, in diesen Zeiten, ist es wichtig, gemeinsam die Verantwortung für eine lebenswerte, demokratische Zukunft zu übernehmen. Wir brauchen dazu neue Narrative: ein gemeinsames Wir statt trennende Kategorien des Wir und Ihr. Wie stark aber unsere

Wahrnehmung noch im Schubladendenken verhaftet ist, zeigen beispielsweise oft zu hörende Begriffe wie Fremdenfeindlichkeit oder auch die Behauptung, bei den aktuellen Demonstrationen wären wenige Migrant\*innen zu sehen. Woran erkennen wir Migrant\*innen? Wie kommt man darauf, Menschen allein aufgrund des äußeren Erscheinungsbilds zuzuordnen zu können?

### Nachhaltige Integrationspolitik

Neben einer Veränderung im Denken und in den Erzählungen brauchen wir eine Integrationspolitik, die steuert und funktionsfähige Strukturen schafft. Hier vor Ort entscheidet sich, ob Integration gelingt. Integration, als gleichberechtigte Teilhabe und sozialer Zusammenhalt, ist für uns Grüne eine der zentralen kommunalen Querschnittsaufgaben, die wir konsequent angehen. Wichtig für die gelingende Integration von Menschen mit Zuwanderungs- und Fluchtgeschichte ist, soziale und berufliche Teilhabe zu ermöglichen – so früh wie möglich.

Eine wichtige Rolle in der kommunalen Integrationspolitik spielt die Ausländerbehörde. Sie muss zu einer echten Willkommensbehörde ausgebaut werden, die personell so ausgestattet ist, dass

sie die wachsenden und äußerst anspruchsvollen Aufgaben angemessen bewältigen kann. Um die Personalgewinnung und -bindung zu stärken, fordern wir GRÜNE entsprechende Verbesserungen von der Stadtverwaltung. Nur wenn genügend und qualifiziertes Personal vorhanden ist, können Geduldete, wie gesetzlich vorgeschrieben, zu den komplexen Bleiberechtsmöglichkeiten adäquat beraten werden. Nur über eine gesicherte Aufenthaltsperspektive ist auch die Integration in den Arbeitsmarkt möglich. Gerade in Zeiten des Fach- und Arbeitskräftemangels hat sie nicht nur für die Individuen, sondern auch für die Wirtschaft und für den sozialen Zusammenhalt einen enormen Mehrwert.

Ankommensprozesse zu unterstützen und zu beschleunigen – dies ist auch das Ziel der von uns geforderten Anlaufstelle Migration Integration. Mit einer Art Willkommenshaus sollen an einem zentralen Ort Verwaltungsabläufe zwischen den Behörden vereinfacht und integrationspezifische (Beratungs-)Leistungen gebündelt werden. Nur so lassen sich unnötige Reibungsverluste vermeiden.

Je besser es gelingt, gleichberechtigte Teilhabechancen für alle zu schaffen, umso eher wird Migration als Chance und Vielfalt als Bereicherung erlebt.

Hebelstraße 21  
76133 Karlsruhe  
Telefon: 133-1093 oder 29155  
gruene@fraktion.karlsruhe.de



**Dirk Müller**  
Stadtrat  
CDU-Fraktion

## Appell gegen strafrechtes Schwarzfahren

Im Gemeinderat haben GRÜNE, SPD und LINKE zuletzt ein fatales Signal an die Stadtgesellschaft gesendet. Denn mit ihrer Entscheidung, dass Schwarzfahren künftig nicht mehr zur Strafanzeige gebracht werden soll, haben sie die Grenzen des Anstandes deutlich verschoben – selbst wenn bei der Kontrolle eine Strafgebühr von 60 Euro weiterhin fällig wird. Als CDU-Fraktion haben wir die grün-rot-rote Entscheidung gleich aus mehreren Gründen vehement abgelehnt: Zunächst einmal fällt der Beschluss in eine Zeit, in der der ÖPNV defizitär ist. Wer für Bus und Bahn künftig also kein Ticket löst, trägt unsolidarisch dazu bei, dass sich das Defizit in der Kasse noch weiter vergrößert. Das Argument der grün-rot-roten Befürwor-

ter ist, dass insbesondere finanziell schlechter gestellte Menschen häufiger schwarzfahren, weil sie die Ticketpreise nicht bezahlen können. Allerdings zielt dieses Argument ins Leere, da wir mit dem Karlsruher Pass seit Jahrzehnten ein gutes Unterstützungsangebot für finanziell schlechter gestellte Karlsruherinnen und Karlsruher haben. So kostet etwa das Deutschlandticket für Passinhaber nur die Hälfte. Es geht uns auch nicht darum, dass ehrliche Karlsruher bestraft werden sollen, die das Lösen eines Tickets einfach nur einmal vergessen haben. Hier sind unsere Verkehrsbetriebe bereits sehr kulant und erstatten erst beim dritten Mal Schwarzfahren Strafanzeige. Es geht uns um notorische Schwarzfahrer, die die steuerzahlende Allgemeinheit betrügen und nur auf ihren eigenen Vorteil aus sind. Diese unsolidarische Minderheit wird nun von

GRÜNEN, SPD und LINKEN geschützt und hofiert. Ursprünglich ging die Initiative zum straffreien Erschleichen von Leistungen von den LINKEN aus, was nicht weiter verwunderlich ist. Aber es ist erstaunlich, dass sich ihr GRÜNE und SPD angeschlossen haben – und zwar gegen ihren eigenen Oberbürgermeister. Zusammen wollen sie, dass Schwarzfahren in Sachen Strafandrohung folgenlos bleibt. Folgen für die Bevölkerung wird die Entscheidung aber dennoch haben. Schließlich hohlen GRÜNE, SPD und LINKE damit das Unrechtsbewusstsein in der Stadtgesellschaft aus. Glücklicherweise hat die Entscheidung vorerst nur empfehlenden Charakter, da das Aufsichtsratsvotum der Verkehrsbetriebe noch aussteht. Insofern verbinden wir unseren Beitrag mit dem dringenden Appell an die Aufsichtsratsmitglieder, dem grün-rot-roten Unsinne unter keinen Umständen Folge zu leisten, sondern an der bewährten Praxis festzuhalten.

Hebelstraße 21  
76133 Karlsruhe  
Telefon: 133-1090  
cdue@fraktion.karlsruhe.de



**Thomas H. Hock**  
Stadtrat  
FDP-Fraktion

## Bilanz und Ausblick

In den letzten fünf Jahren wurden viele gute, aber auch weniger sinnvolle Beschlüsse im Gemeinderat gefasst, wie etwa die Abschaffung der Jahreskarte im Fächerbad sowie der Brötchentaste für Mühlburg und Durlach. Im ÖPNV wurde die 4er-Karte verbant und ich könnte noch weitere Beispiele nennen. Aber es gab auch Erfolgsmeldungen, wie etwa die Errichtung eines öffentlichen

Hundegartens und die Unterstützung der Tagesmütter sowie in Coronazeiten die Mietstundungen der Kultureinrichtungen, die Hilfen für das Schaustellergewerbe und die Sondernutzungen für die Außengastronomie. Für die Verbesserung des Mikroklimas in unserer Innenstadt wurden auf Antrag der FDP die Wasserspiele am Marktplatz umgesetzt und trotz aller Schwierigkeiten konnte die rote Wertstofftonne erhalten werden. Im neu gewählten Gemeinderat stehen wir dafür, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaf-

fen, Wohnen in der Innenstadt verstärkt zuzulassen, die ambulante ärztliche Versorgung zu verbessern sowie eine Pflegeinitiative für Karlsruhe auf den Weg zu bringen. Die Entscheidung, das Adolf-Ehrmann-Bad in Neureut zu sanieren, gehört genauso in unser Portfolio wie den Christkindlesmarkt auf zwei Plätzen zu erhalten. Wichtig ist uns auch die Senkung der Grundsteuer, um die Aufkommensneutralität zu erreichen. Die Einführung der Ersthelferapp „Region der Lebensretter“ ist mir persönlich eine Herzensangelegenheit, denn hier könnte der Gemeinderat mit wenig Geld Leben retten.

Hebelstraße 21  
76133 Karlsruhe  
Telefon: 133-1092 oder 26050  
fdp@fraktion.karlsruhe.de



**Sibel Uysal**  
Stadträtin  
SPD-Fraktion

## Keine Strafanzeige bei Schwarzfahren

Mit dem Betreten eines Busses oder einer Bahn der Verkehrsbetriebe Karlsruhe (VBK) erklärt sich der Fahrgast automatisch mit den Beförderungsrichtlinien einverstanden. Diese sind eindeutig: Wer ohne gültiges Ticket erwirbt, muss ein erhöhtes Beförderungsentgelt in Höhe von 60 Euro zahlen.

Das Strafrecht gibt den VBK die Möglichkeit, zusätzlich eine Anzeige zu erstatten. Dies ist als sogenanntes Antragsdelikt möglich, bei dem das Opfer, also die VBK, selbst entscheiden kann, ob es eine Anzeige erstattet oder nicht.

In Städten wie Köln und Münster wird bereits auf Anzeigen verzichtet. Die Mehrheit des Gemeinderats von Karlsruhe strebt ebenfalls in diese Richtung, doch letztendlich entscheidet der Aufsichtsrat der Verkehrsbetriebe darüber.

### Bestrafung genügt

Die SPD-Fraktion hält das erhöhte Beförderungsentgelt von 60 Euro als Strafe für ausreichend, um Schwarzfahren unattraktiv zu machen. Eine Strafanzeige kann besonders für junge Menschen schwerwiegende Folgen haben, da bestimmte Berufe oder Unternehmen Bewerbende mit einem Vorstrafenregister möglicherweise ablehnen. Diese Ansicht teilen wir nicht allein: Auf höchster poli-

tischer Ebene wird über eine vollständige Streichung des Schwarzfahrens als Straftat aus dem Strafgesetzbuch diskutiert. Auch durch eine vom Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap erfasste Umfrage wurde deutlich: Mehr als zwei Drittel der Bundesbürger\*innen befürworten die Idee, Schwarzfahren künftig nicht mehr als Straftat zu behandeln.

Auf Antrag der SPD-Fraktion soll die neue Regelung zunächst für ein Jahr angewandt werden. Nach Ablauf dieser Erprobungsphase soll die Entwicklung evaluiert werden. Die SPD-Fraktion ist insgesamt der Ansicht, dass eine Strafverfolgung aufgrund von Schwarzfahren nicht mehr zeitgemäß ist. Wir begrüßen die aktuelle Auseinandersetzung mit dieser Thematik auf verschiedenen Ebenen.

Hebelstraße 21  
76133 Karlsruhe  
Telefon: 133-1091 oder 29290  
spd@fraktion.karlsruhe.de



**Jürgen Wenzel**  
Stadtrat  
FWIFÜR – Fraktion

## Autofahrer – zur Kasse bitte!

„Was haben Kfz-Halter und Zitronen gemeinsam?“ – „Sie werden ausgequetscht!“

Diesen Eindruck haben immer mehr Bürgerinnen und Bürger, die auf ihren Pkw angewiesen sind – Kfz-, Mineralölsteuer und CO<sub>2</sub>-Abgabe verteuern sich stetig. Zudem schaffte die grün-rote Gemeinderatsmehrheit die „Bröt-

chentaste“ ab, dann wurden das Anwohnerparken und die Parkgebühren verteuert. Anwohnerparkzonen werden ausgeweitet, während zeitgleich freier Parkraum verschwindet. Wie die aktuelle Diskussion zur westlichen Kriegsstraße im Gemeinderat zeigte, machten Vertreter der SPD-Fraktion klar, dass es die betroffenen 122 kostenlosen Parkplätze so nicht mehr geben wird! Unsere Fraktion hatte angeregt zu prüfen, ob die Haltestelle

Hübschstraße – um den Parkraum beizubehalten und die immensen Umbaukosten zu sparen und an dieser Stelle einen Fahrradschutzstreifen zu realisieren – nicht aufgegeben werden könnte! Ja, man könnte! Doch die Stadt wollte das nicht.

Wo wir beim Thema ÖPNV wären, der sich unbestreitbar in der Krise befindet. Daher will das Land den Städten für den Ausbau ihres Nahverkehrs eine neue Abgabe ermöglichen. Die Nahverkehrsabgabe! Und auch für diese will man die Kfz-Halterinnen und Halter in Zukunft zur Kasse bitten.

Hebelstraße 21  
76133 Karlsruhe  
Telefon: 133-1096  
fwfuer@fraktion.karlsruhe.de



**Max Braun**  
Stadtrat  
KAL/  
Die PARTEI-Fraktion

## Verstörende Kunst

Die „Genesis“-Werke des Malerfürsten Markus Lüpertz in den U-Bahn-Haltestellen sind belegbar unterirdisch. Aber sie sind nach Einschätzung der Partei „Die PARTEI“ auch traumatisierend und verstörend. Verstörend für Kinder. Für Jugendliche. Für sensible Menschen. Für Künstler. Für Menschen auf Drogen, wobei die Werke selbst einem psychedelischen Trip gleich zu setzen sind. Verstörend, weil explizite Darstellungen von Gewalt gezeigt werden und weil die Werke nur so von Totenköpfen, Blut und abgetrennten Körperteilen wimmeln. Zudem ist auf verstörende Art und

Weise explizite Nacktheit dargestellt. Um Traumata zu vermeiden, fordern wir die Stadtverwaltung mit einem Antrag auf, die U-Strab-Haltestellen mit Warnhinweisen zu versehen und Kindern und Jugendlichen gleichzeitig das Betreten nur noch mit ihren Erziehungsberechtigten zu gestatten. Außerdem sollen die Werke in eine Liste jugendgefährdender Medien aufgenommen werden. Mit diesem Antrag hoffen wir, die Tatsache, dass bereits heute etwa jedes zweite unbegleitete Kind die Unterführung wieder weinend verlässt, abzumildern. Darüber hinaus habe ich selbst schon erleben müssen, wie die Figuren der Reliefs in der Nacht zum Leben

erwachen. Den Raum, den die Lüpertz-Werke einnehmen, hätte die Stadt Karlsruhe jedenfalls sinnvoller nutzen können: Zum Beispiel für Ausstellungsflächen wechselnder Kunstwerke lokaler Künstlerinnen und Künstler; für interaktive, digitale Kunst oder für urbane Kunst wie Graffiti. Stattdessen hat man sich für eine gruselige Geisterbahn entschieden.

Hebelstraße 21  
76133 Karlsruhe  
Telefon: 133-1094 oder 205566  
sonja.doering@fraktion.karlsruhe.de



**Mathilde Göttel**  
Vorstandskollektiv  
Die LINKE-Fraktion

## Sachliche Debatte oder Bauchgefühl?

Unserem Antrag auf Straffreiheit für Fahren ohne Ticket im ÖPNV wurde vom letzten Gemeinderat zugestimmt. Zusätzlich zu einem erhöhten Beförderungsentgelt von 60 Euro kann bisher eine Strafanzeige gestellt werden, die in nicht wenigen Fällen zu einer Ersatzfreiheitsstrafe führen kann. Der Gemeinderat war in Aufruhr. Aber haben die Kolleg\*innen auf der rechten Seite des Gemeinderates nicht richtig zugehört? Es wurde beschlossen, dass die VBK aufgefordert werden soll, auf

Strafanzeigen beim Fahren ohne Ticket zu verzichten. Paragraph 265a beschreibt ein sogenanntes Antragsdelikt. Es kann angezeigt werden – oder eben nicht. Das FDP geführte Bundesjustizministerium prüft aktuell, ob der Strafparagraph nicht entbehrlich sei, auch der Deutsche Richterbund sieht Reformbedarf. Das hinderte eine CDU-Gemeinderätin, eine Rechtsanwältin, nicht, uns ein „surreales Rechtsverständnis“ vorzuwerfen. Die FDP sprach von einem „Aufruf zum Rechtsbruch“. „Schlecht gebrüllt, Löwe!“ Wir empfehlen den Kolleg\*innen Faktenklärung, bevor sie ihr Bauchgefühl zum Besten geben. Fragwür-

dig wird es, wenn die gleichen Gemeinderat\*innen dazu aufrufen, im Aufsichtsrat der VBK gegen einen Beschluss ihres eigenen Gremiums zu stimmen. Wird hier Kommunalpolitik zur Realsatire? Die LINKE steht in Karlsruhe weiter für eine Politik zugunsten einer sozialen und solidarischen Stadt.

Hebelstraße 21  
76133 Karlsruhe  
Telefon: 86429260  
dielinke@gemeinderat.karlsruhe.de

## Impressum

Die StadtZeitung berichtet regelmäßig über den Karlsruher Gemeinderat. Auf dieser Seite sind die Fraktionen für den Inhalt verantwortlich.



**Oliver Schnell**  
AfD-Stadtrat

## Geothermie: Bürger trägt Risiko

Tiefengeothermie kann Erdbeben auslösen, die im 30 Kilometer Radius Gebäude schädigen. Standorte in Neureut und im Rheinhafen sind in der Diskussion. Daher beantragte die AfD aus dem Karlsruher Energieleitplan die Geothermie zu streichen, wenn nicht sichergestellt ist, dass durch sie verursachte Gebäudeschäden nicht an deren Besitzern hängen bleiben. Doch alle Fraktionen, auch die Neureuter Stadträte von

CDU und SPD, lehnten unseren Antrag ab. Sie nehmen also in Kauf, die Karlsruher im Fall der Fälle im Regen stehen zu lassen. Uns droht damit, was in Landau geschah: Die dort vom Geothermiekraftwerk bereits 2009 verursachten Schäden sind bis heute nicht reguliert. Das Abstimmungsergebnis durfte in den Neureuter Nachrichten nicht erscheinen.

Hebelstraße 21  
76133 Karlsruhe  
Telefon: 133-1098  
afd@gemeinderat.karlsruhe.de



**Ellen Fenrich**  
Stadträtin  
parteilos

## Für den Frieden, jetzt!

Am 24. Februar fand auf dem Karlsruher Marktplatz eine Kundgebung zum zweiten Jahrestag des Kriegsbeginns in der Ukraine statt. Laut Pressemitteilung sprach unser Stadtoberhaupt davon, die Gefahrensituation werde verkannt, falls man Russland die Hand reiche. Ich meine, man sollte immer bereit sein, „die Hand zu reichen“ und Diplomatie walten zu lassen – Waffen sind langfristig keine Lösung. Die gemeinderätliche Solidaritätsbekundung mit der Ukraine vom März 2022 war wichtig, aber darüber hinaus verwarf man, dass eine lange Freundschaft mit der russischen Stadt Krasnodar bestand. Diese Freundschaft darf nicht vergessen werden! Müssten wir alle uns nicht dafür einsetzen?

Hebelstraße 21  
76133 Karlsruhe  
Telefon: 133-1041  
ellen.fenrich@gemeinderat.karlsruhe.de

Woche der christlich-jüdischen Zusammenarbeit:

# Andere Perspektiven einnehmen

Respekt ist Basis für Dialog / 75 Jahre Grundgesetz als „Glücksfall“ gewürdigt

Mit dem Slogan „The Sound of Dialogue – Gemeinsam Zukunft bauen“ startete am Sonntag die Woche der Christlich-Jüdischen Zusammenarbeit 2024. Im voll besetzten Bürgersaal des Rathauses behielten die Referenten die Historie im Blick und thematisierten aktuelle Herausforderungen. Die Festansprache hielt Professor Stephan Harbarth, Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

Zu Beginn nannte Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup die Intention der Reihe. „Es geht darum, die Perspektiven des anderen einzunehmen, zuzuhören und voneinander zu lernen. Begegnung und

Austausch stehen im Zentrum.“ Der gegenseitige Respekt sei die Basis, um offen miteinander zu diskutieren. Der Rathauschef dankte zudem dem Organisationsteam der traditionsreichen Reihe. In dieser Woche gab es unter anderem den Roman „Ein nasser Hund ist besser als ein trockener Jude“ als Filmvorführung für Schulklassen zu sehen. An diesem Wochenende steht am Sonntag, 10. März, um 11 Uhr eine Synagogenführung auf dem Programm. Außerdem geht im Badischen Staatstheater am 28. März das Stück „Effingers“ über die Bühne. Verfassungsgerichtspräsident Harbarth würdigte die Woche als ein „zukunftsweisendes Signal“,

gerade im Kontext der aktuellen Krisen – namentlich „dem schrecklichen Terrorangriff der Hamas und dass Juden in aller Welt wieder Sorge haben müssen“. Harbarth erinnerte an die besondere Verantwortung Deutschlands und nahm in seiner Festrede Bezug zum aktuellen Jubiläum 75 Jahre Grundgesetz, das er als „Glücksfall“ bezeichnete. Der 52-Jährige skizzierte die Geschichte der Verfassungen in Deutschland von den Anfängen in der Frankfurter Paulskirche 1848 bis zur Weimarer Republik („eine Demokratie ohne Demokraten“), die in der Katastrophe endete. Das Grundgesetz sah er als „großartiges Versprechen und als stabilen Ordnungsrahmen“. Der Staat sei um der Menschen willen da – nicht umgekehrt. „Das ist einer der wunderbarsten Sätze der Verfassungsgeschichte“, so der gebürtige Heidelberger. Die unantastbare Menschenwürde und das Recht, welches die Freiheit der Schwachen schützt, nannte er als Eckpfeiler. Der Weitblick der Väter des Grundgesetzes sei enorm – die europäische Integration wurde mitgedacht. „Friede und Freiheit in Europa sind nicht selbstverständlich“, resümierte Harbarth, der aufforderte „zu streiten, aber mit Respekt und Stil“. Abschließend forderte Pfarrerin Kira Busch-Wagner auf, sich „gegen Polarisierung und Sprachlosigkeit zu stemmen“ und dankte allen, die sich am Dialog beteiligten. -voko-



**Aufruf zum Dialog:** Kira Busch-Wagner, Stephan Harbarth, Solange Rosenberg, Pfarrer Erhard Bechtold und OB Mentrup (v.l.). Foto: Knopf



## Hoffnung auf Nachwuchs

Im Zoo Karlsruhe ist am 4. März ein Eisbär angekommen. Das Weibchen Nuka (unser Bild) stammt aus dem belgischen Zoo Pairi Daiza und trifft in Karlsruhe auf Kap, der vergangenen Sommer nach Karlsruhe zurückgekehrt war. Zusammen sollen die beiden Tiere mittelfristig für Nachwuchs sorgen. Im Rahmen des Europäischen Erhaltungs-zuchtprogramms (EEP) wurde Nuka ins Badische transferiert, wo bis Dezember noch Charlotte

lebte. Da für Charlotte jedoch wegen ihrer Genetik keine Zuchtfreigabe vorlag, gab es diesen Ringtausch. Kap gilt als einer der genetisch besonders wertvollen Eisbären im EEP. „Seine Linie ist außer bei dem jetzigen Jungtier in Hamburg nirgends vertreten. Für die Erhaltungszucht dieser Art ist er enorm wichtig“, erläuterte Zoodirektor Dr. Matthias Reinschmidt. „Daher sind wir jetzt absolut glücklich, ein Paar zu haben, mit dem wir züchten dürfen und

hoffen sehr darauf, dass die beiden Bären sich gut verstehen.“ Nach ihrer Ankunft ist Nuka problemlos aus der Transportkiste gelaufen. „Es war schön zu sehen, dass sie direkt Kontakt aufgenommen und gleich eine große Portion Lachsöl von uns angenommen hat“, berichtet Revierleiter Moritz Ehlers. Wann Nuka und Kap zueinandergelassen werden, wird nach dem Verhalten der beiden Eisbären entschieden. -red- / Foto: Zoo Pairi Daiza

## Polizeiposten wieder besetzt

Ab Dienstag, 2. April, ist der Polizeiposten Beiertheim-Bulach in der Grünwinkler Straße 10 in Beiertheim-Bulach wieder geöffnet, das meldet die Pressestelle des Polizeipräsidiums Karlsruhe. Der Posten war im Mai vergangenen Jahres temporär in die Räumlichkeiten des Polizeipostens Oberreut umgezogen. Bürgerinnen und Bürger können sich mit ihren Anliegen ab Anfang April wieder von Montag bis Freitag persönlich oder unter der Telefonnummer 0721 86-1259 an die Dienststelle wenden. -red-

## Erinnerung wach gehalten

OB würdigt Leben und Werk von Hanna Meyer-Moses / Zahlreiche Begegnungen

Als eine „mutige und willensstarke Frau“ würdigte Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup die am 25. Februar im Alter von 96 Jahren in der Schweiz verstorbene Trägerin der Ehrenmedaille der Stadt und Holocaust-Überlebende Hanna Meyer-Moses. In seinem Kondolenzbrief an die Familie hob Mentrup insbesondere das Engagement von Hanna Meyer-Moses als Zeitzeugin hervor. Sie habe nicht nur nachfolgenden Generationen ermöglicht, die richtigen Schlüsse aus der Ge-

schichte zu ziehen, sondern auch durch zahlreiche Vorträge und Veröffentlichungen „einen bleibenden Beitrag zur demokratischen Kultur unserer Stadt geleistet“, betonte das Stadtoberhaupt. Persönlich seien ihm die Besuche in der Schweiz und die interessanten Gespräche nachhaltig in Erinnerung geblieben. Hanna Meyer-Moses kam am 30. September 1927 in Karlsruhe zur Welt. Schon als Kind hatte sie unter der schrittweisen Entrechtung der jüdischen Bevölkerung

unter dem NS-Regime zu leiden. 1940 wurde die Familie in das Lager Gurs nach Südfrankreich deportiert, von wo aus ihr unter dramatischen Umständen die Flucht in die Schweiz gelang. Trotz dieser traurigen Erinnerungen hatte sich Hanna Meyer-Moses in den 1980er Jahren ihrer Geburtsstadt wieder angenähert, um in persönlichen Gesprächen und Begegnungen, vor allem aber in zahlreichen Vorträgen an Schulen und anderen Einrichtungen die Erinnerung wach zu halten. -eck-



**Bedeutende Zeitzeugin:** Hanna Meyer-Moses erhielt 2013 von OB Fenrich (r.) die Ehrenmedaille der Stadt. Archivfoto: Fränkle

## Potenziale im Bad heben

Das Oberwaldbad bleibe erhalten, ließ Bürgermeister Martin Lenz die Tendenz zur Zukunft des Hallenbades in Ruppurr in der jüngsten Sitzung des gemeinderätlichen Hauptausschusses durchblicken. Jahrzehntlang habe das Bad „herausragend funktioniert“, so Lenz weiter. Gemeinsam mit dem Wohnstift Karlsruhe als Eigentümer und dem Verein Post Südstadt Karlsruhe (PSK) als Betreiber habe man sich zusammengesetzt und werde etwas „sehr Gutes“ hinbekommen, zeigte sich der Bäderdezernent zuversichtlich. Dabei ließ er anklagen, dass der jetzige Zuschuss geringfügig steigen müsse, bisher lag dieser bei jährlich etwa 100.000 Euro. „Das Bad hat noch Potenziale, die es zu heben gilt“, so Lenz über die „belastbaren Zahlen“, die nun erstmals vorlägen und auch den hohen Gesundheitswert des Bades verdeutlichten. „Never change a running system“, bremste Lenz aber die

Idee, dass sich die Stadt ein elftes Bad zulegen könnte. Vielmehr sehe er eine Verantwortungsgemeinschaft mit PSK und Wohnstift, in der die Stadt eine beratende Rolle innehat. Der Hauptausschuss wird sich in seiner Aprilsitzung erneut mit dem Thema beschäftigen. Diese Tendenz war wichtig, denn die Zeit drängt. „Es muss eine baldige Lösung her“, so Elke Ernemann (SPD), deren Fraktion beantragte, umgehend einen Plan für den Weiterbetrieb des Bades zu erstellen. Ein kurz- und langfristiges Konzept wollten auch GRÜNE und CDU, denn Ende des vergangenen Jahres verkündete PSK wegen gestiegener Betriebskosten als Betreiber des Bades zum 31. Juli 2024 aussteigen zu wollen. Acht Beschäftigte wären davon betroffen, wohnortnahe Schwimm- und Fitnesskurse könnten dann nicht mehr stattfinden. Das Schulschwimmen müsste auf benachbarte Bäder ausweichen. -has- / Foto: Burghardt



## Begnadeter Redner und Organisator

Gewerkschafter und Stadtverordneter Gustav Schulenburg vor 150 Jahren geboren / Opfer des NS-Regimes

**Stadtarchiv Karlsruhe** Gustav Schulenburg, Erster Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV), Vorläufer der IG Metall, und Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Karlsruhe, prägte von 1919 bis zu deren Zerschlagung 1933 die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung vor Ort wesentlich mit. Weil er die NSDAP früh als die „schlimmsten Feinde der Arbeiterschaft“ und „Steigbügelhalter des Kapitals“ bekämpft hatte, musste er im Frühjahr 1933 vor der drohenden Verhaftung flüchten. Im Elsass hielt Schulenburg Kontakt mit Gewerkschaftern in Deutschland, auch mit dem sozialdemokratischen Grenzsekretär



**Gustav Schulenburg** starb 1944 im KZ Dachau. Foto: StAK

Georg Reinbold. Politisch bewusst und vernetzt, unterstützte er 1937 den Versuch, richtungsübergreifend deutsche Gewerkschafter im Exil in Frankreich zu einer Einheitsorganisation im Widerstand gegen den Faschismus zu bringen. Die Konferenz dazu in Paris wählte ihn zum Vorsitzenden, er beendete seine Aktivität aber ein Jahr später wegen kommunistischer Dominanz. Mit dem deutschen Einmarsch 1940 in Frankreich wurde Schulenburg verhaftet, kam in Haft nach Karlsruhe und erhielt wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ vier Jahre Zuchthaus. Anschließend wurde er in das KZ Dachau überstellt. Am 20. Dezember 1944 meldete der SS-Kommandant seinen Tod we-

gen angeblicher „Herzschwäche“. Gustav Schulenburg kam am 7. März 1874 in Freiburg zur Welt, absolvierte in Karlsruhe eine Schlosserlehre und lebte später im Elsass. Er trat dem DMV und der SPD bei, in denen der begnadete Redner und Organisator Ämter übernahm. 1918 musste Schulenburg das Elsass verlassen und kam nach Karlsruhe zum DMV. Neben unermüdlicher gewerkschaftlicher Aktivität wirkte er in Organisationen der Arbeiterbewegung, unter anderem den Naturfreunden, dem Sängerverein Vorwärts, der Demokratieschutzorganisation Eiserne Front, war auch SPD-Stadtverordneter. In Karlsruhe erinnert seit 1991 eine Straße in Oberreut an ihn. -jsk-

## Ortschaftsräte tagen öffentlich

In der kommenden Woche treten mehrere Gremien zur öffentlichen Sitzung zusammen. Am Dienstag, 12. März, tagen die Ortschaftsräte in **Neureut** (19 Uhr, Rathaus Neureut) und **Wetersbach** (19 Uhr, Heinz-Barth-Schule), am Folgetag finden Sitzungen in **Durlach** (17 Uhr, Rathaus Durlach), **Stupferich** (19 Uhr, Rathaus Stupferich), **Hohenwettlersbach** (19 Uhr, Rathaus Hohenwettlersbach) und **Grötzingen** (19 Uhr, Herbert-Schweizer Haus) statt. Im Bürgersaal des Rathauses am Marktplatz tagen am 14. März ab 16 Uhr **Bau- und Planungsausschuss** des Gemeinderats. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Winternutzung des Passagierhofes und eine Machbarkeitsstudie zu Micro-Hubs im Quartier Östliche Kaiserstraße. -los-

## Spendenrekord erzielt

Volksbund sammelt hohe Summe für Kriegsgräberpflege

Bei der jährlich für den Volksbund stattfindenden Haus- und Straßensammlung konnte in Karlsruhe und Ettlingen ein neuer Sammlungsrekord erzielt werden. Die Sammlerinnen und Sammler trugen insgesamt 17.619,79 Euro zusammen. Bei den beiden Promisammlungen stellten sich Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in den Dienst der guten Sache, so waren für die Stadt Karlsruhe Bürgermeister Dr. Albert Käuflin sowie Stadträtinnen und Stadträte vertreten. Stark waren auch die Bundeswehrangehörigen der Kirchfeldkaserne beteiligt. Den größten Anteil erarbeiteten die Reservistinnen und Reservisten aus Karlsruhe, die bis in den Januar hinein in beiden Städten und in Walzbachtal um Spenden bat.

Aus ihren Spendendosen konnten 15.750,57 Euro gezahlt werden. Volker Schütze, Bezirksgeschäftsführer des Volksbunds, zeigte sich dankbar für das Engagement all jener, die sich bei der Spendensammlung engagierten und die Großzügigkeit der Spenderinnen und Spender, vor allem über das außergewöhnliche ehrenamtliche Engagement der Reservistenkameradschaft Karlsruhe, die damit ihr sehr gutes Sammelergebnis von 2022 um 6.600 Euro steigern konnten. Das gespendete Geld wird für die Kriegsgräberpflege im Ausland verwendet. Diese Kriegsgräber sind nicht nur individuelle Ruhestätten, sondern auch Mahnmale für den Frieden. Als Friedensorganisation sieht der Volksbund es



**Im November** fanden Sammlungen in Karlsruhe statt. Foto: bob

als seine Aufgabe an, an die Folgen von Krieg und Gewalt zu erinnern – was besonders in der heutigen Zeit wichtig ist. Ein Teil des Geldes wird daher für die Jugend- und Friedensarbeit verwendet. -red-

# Quartier im Frühling

City Transformation: Aktionen zum Fest der Sinne

Nach der Quartierskonferenz des Innenstadtviertels „Wald-, Karl-, Herren-, und Erbprinzenstraße“ folgen nun zahlreiche Projektumsetzungen anlässlich des diesjährigen Fests der Sinne am 27. und 28. April. Alle Maßnahmen setzen die Engagierten in Eigenverantwortung um und erhalten Unterstützung durch eine Förderung über das städtische Projekt „City-Transformation“.

Die sogenannte „IG Prinz“ – bestehend aus Herren-, Erbprinzen- und der nördlichen Waldstraße – möchte mit Blumen und Getränkescoupons ein Dankeschön an ihre Kundschaft zurückgeben und richtet dafür einen Kaffee- und Getränkestand ein. Die Südliche Waldstraße plant zum Event Wochenende Aktio-

nen rund ums Thema „Sinne“. Es dreht sich alles ums Sehen, Hören, Schmecken und Fühlen. Ein Blumenstraßenfest möchte die „IG Blume“ veranstalten. Dabei präsentieren sich die anliegenden Gewerbetreibenden mit ihren Spezialitäten. Die Aktionen zum Fest der Sinne und viele weitere Projekte werden im Rahmen der innerstädtischen Quartiersentwicklung ermöglicht. Interessierte Personen und Organisationen können Mittel für weitere Aktionen in den Innenstadtvierteln beantragen. Antragsformulare und Wissenswertes zum Projekt, das mit Bundesmitteln gefördert wird, sind auf der Stadtwebseite zu finden. -los-

[karlsruhe.de/city-transformation](http://karlsruhe.de/city-transformation)



Zum Fest der Sinne am 27. und 28. April planen die Quartiersakteure Aktionen für mehr Aufenthaltsqualität. Foto: KME / Rösner

## Kurz notiert

### Frauen-Matinee

Das Kulturzentrum Tollhaus und das Internationale Begegnungszentrum Karlsruhe laden in Kooperation mit Sozpaal und der städtischen Gleichstellungsbeauftragten ins Tollhaus zur Frauen-Matinee ein. Am Sonntag, 10. März, bietet das Programm ab 11 Uhr viel Zeit für Austausch, Netzwerken und Kulturgenuss.

### Lesung zur Gleichstellung

Die Autorinnen Uta Mitsching-Viertel und Ellen Händler lesen aus ihrem Buch „Unerhörte Ostfrauen“ am Donnerstag, 14. März, um 18:30 Uhr in der Stadtbibliothek Karlsruhe. Sie lassen die „Ostfrauen“ zu Wort kommen und zeigen ihre Perspektiven auf die Gleichstellung.

### Einladung zum Waldputztag

Um der Vermüllung des Walds entgegenzuwirken, findet am Samstag, 16. März, auf Einladung des Forstamts ein „Forest Cleanup Day“ statt. Alle Helferinnen und Helfer treffen sich um 10 Uhr gegenüber dem Umspannwerk Karlsruhe Ost hinter dem Durlach-Center. Bitte Arbeitshandschuhe und Warmweste mitbringen.

### Jubiläum im Pfingzgäumuseum

Vor hundert Jahren, am 13. April 1924, öffnete es erstmals seine Pforten. Mit der Sonderausstellung „Durlach x 100“ möchte das Pfingzgäumuseum diese Verbundenheit der Durlacherinnen und Durlacher mit „ihrem“ Museum würdigen. Im Zentrum der Ausstellung, die am 16. März öffnet, stehen daher 100 Schenkungen – darunter Alltagsgegenstände, Kleidung, Spielzeug und Gemälde – die das Museum in der Karlsburg seit seiner Gründung erhalten hat. -los-

Stadt Karlsruhe

## Immer in Bewegung für unsere Stadt

**Gärtnermeister\*in**  
 Voll-/Teilzeit (Tandem) | € E 9b TVöD  
 156.24.001 | 07.04.2024 r

**Saisonkräfte (Grünanlagen)**  
 Voll-/Teilzeit (Tandem) | € E 2 TVöD  
 670.24.006 | 31.03.2024

**Chemielaborant\*in oder Chemisch-Technische\*r Assistent\*in**  
 Teilzeit (80 %) | € E 8 TVöD  
 660.24.009 | 31.03.2024

**Sachbearbeiter\*in Honorarabrechnungen**  
 Teilzeit (50 %) | € E 9a / A 9 LBesOBW  
 260.24.005a | 05.04.2024

**Erzieher\*innen Ganztagsgrundschulen**  
 Teilzeit (57,69 % oder 66,67 %) | € E 8a TVöD-SuE  
 501.24.004 | 29.03.2024

**Erzieher\*innen oder Jugend- und Heimerzieher\*innen für den Hort an der Gemeinschaftsschule Augustenburg**  
 Teilzeit (80 %) | € E 8a TVöD-SuE  
 154.24.004 | 29.03.2024

**Teamleiter\*in Bürgerbüro Ost**  
 Voll-/Teilzeit (Tandem) | € E 10 / A 11 LBesOBW  
 320.24.006 | 28.03.2024

**Assistent\*in Allgemeiner Sozialer Dienst**  
 Teilzeit (50 %) | € E 7 TVöD  
 500.24.015 | 01.04.2024

**Sachbearbeiter\*in Gremienmanagement**  
 Teilzeit (70 %) | € E 9c / A 10m/A 10g LBesOBW  
 500.24.022 | 29.03.2024

**Sachbearbeiter\*in Presse- und Informationsamt**  
 Teilzeit (65 %) | € E 8 TVöD  
 130.24.001 | 24.03.2024

**Redakteur\*in**  
 Teilzeit (50 %) | € E 12 TVöD  
 130.24.002 | 24.03.2024

**Sachbearbeiter\*in Musikschulverwaltung**  
 Teilzeit (50 %) | € E 8 TVöD  
 430.24.002 | 17.03.2024

**Erzieher\*in oder Kindheitspädagog\*in**  
 Teilzeit (80 %) | € E 8a TVöD-SuE  
 150.24.009 | 31.03.2024

**Sachbearbeiter\*in Baurecht**  
 Voll-/Teilzeit (Tandem) | € E 10 / A 11 LBesOBW  
 630.24.004 | 31.03.2024

**Kundensachbearbeiter\*in Ausländerbehörde**  
 Voll-/Teilzeit (Tandem) | € E 8a TVöD  
 320.24.005 | 29.03.2024

Weitere Jobs finden Sie unter: [www.karlsruhe.de/jobs](http://www.karlsruhe.de/jobs)



Wir engagieren uns für Chancengleichheit.



## Bekanntmachungen

### Form der öffentlichen Bekanntmachungen

Der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe hat am 27. Juni 2023 eine Änderung der Bekanntmachungssatzung beschlossen, die zum 1. August 2023 in Kraft trat. Die öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen durch Bereitstellung im Internet auf der Homepage der Stadt Karlsruhe unter [www.karlsruhe.de/bekanntmachungen](http://www.karlsruhe.de/bekanntmachungen). Als Tag der Bekanntmachung gilt der Tag der Bereitstellung im Internet.

Der Wortlaut der Bekanntmachungen kann während der Sprechzeiten an der Pforte im Rathaus am Marktplatz, Karl-Friedrich-Straße 10, 76133 Karlsruhe kostenlos eingesehen werden. Dieser kann gegen Kostenerstattung als Ausdruck zur Verfügung gestellt und unter Angabe der Bezugsadresse zugesandt werden.

Soweit spezialgesetzliche Bestimmungen einer öffentlichen Bekanntmachung der Stadt Karlsruhe im Internet entgegenstehen, erfolgt diese durch Einrücken in das Amtsblatt der Stadt Karlsruhe. Dies gilt auch, wenn spezialgesetzliche Bestimmungen eine zusätzliche Bereitstellung im Internet vorsehen. Als Tag der Bekanntmachung gilt der Erscheinungstag des Amtsblattes.

### Die Bekanntmachungen der Stadt Karlsruhe ziehen um!

Seit dem 1. August 2023 sind die Bekanntmachungen der Stadt Karlsruhe ausschließlich auf [karlsruhe.de](http://karlsruhe.de) zu Hause. Über das aktuelle Geschehen in der Stadtverwaltung berichtet weiterhin die Redaktion der StadtZeitung.

<p><b>Bekanntmachungen</b>                  Ortsübliche Bekanntmachungen, Amtshilfen, Satzungen ...</p> <p>Jetzt informieren!  <a href="http://www.karlsruhe.de/bekanntmachungen">www.karlsruhe.de/bekanntmachungen</a></p>	<p><b>Ratsinformationssystem</b>                  Aktuelle Ausschüsse, Gemeinderat und Ergebnisse</p> <p>Jetzt informieren!  <a href="http://www.karlsruhe.de/ausschuesse">www.karlsruhe.de/ausschuesse</a></p>	<p><b>Ausschreibungen</b>                  Aktuelle Bekanntmachungen von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen</p> <p>Jetzt informieren!  <a href="http://www.karlsruhe.de/ausschreibungen">www.karlsruhe.de/ausschreibungen</a></p>
---	---	---

Das Personal- und Organisationsamt der Stadtverwaltung Karlsruhe trauert um

### Uwe Pflüger

Tief erschüttert und mit großer Betroffenheit haben wir erfahren, dass unser beliebter Kollege am 25. Februar 2024 im Alter von 65 Jahren verstorben ist.

Herr Pflüger war seit dem 1. Januar 1981 im Personal- und Organisationsamt tätig. Im Bereich der Entgeltabrechnung bearbeitete er alle Anfragen der Mitarbeitenden am Servicetelefon und koordinierte verschiedene Aufgaben des Betriebsports. Darüber hinaus begleitete er die Ämter des örtlichen Personalratsvorsitzenden und der örtlichen Schwerbehindertenvertretung sowie über viele Jahre das Amt des stellvertretenden Gesamtschwerbehindertenvertreters. Herr Pflüger stand allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, auch dienststellenübergreifend, jederzeit mit Rat und Tat zur Seite. Durch seine hilfsbereite, offene und zuverlässige Art verlor die Stadt Karlsruhe einen stadtwweit bekannten sowie allseits geschätzten und beliebten Kollegen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Unser tiefes Mitgefühl gilt seinen Hinterbliebenen.

**Amtsleitung und Personalvertretung des Personal- und Organisationsamts**

Stadt Karlsruhe  
 Schul- und Sportamt

Das Schul- und Sportamt sucht zum nächstmöglichen Beginn

## Betreiber / Betreiberin für den Warenverkauf / Pausenverkauf

an folgender Schule:

### Heinrich-Hertz-Schule, Gewerbliche Berufsschule, Südendstraße 51, 76135 Karlsruhe

Die Heinrich-Hertz-Schule ist mit etwa 1.800 Schülerinnen und Schülern eine der größten Berufsschulen im Bereich Elektrotechnik und Informationstechnik. Täglich befinden sich regelmäßig mehr als 600 Personen im Schulhaus, die durch eine Cafeteria mit zeitgemäßer Verpflegung versorgt werden sollen. Ein nachhaltiger Betrieb ist erwünscht. Die Schule ist bereit, bei der Ermittlung der Zahl der erforderlichen Mittagessen zu unterstützen, um einen möglichst geringen Überschuss an Lebensmitteln zu gewährleisten.

Die nachfolgenden Rahmenbedingungen sind Grundlagen für den Betrieb:

- Versorgung der Schülerinnen und Schüler während der Schulzeit über den Kiosk/Cafeteria im Stil der vom Betreiber vorgelegten Konzeption
- Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag von 7 bis 14:30 Uhr, Freitag 7 bis 13:30 Uhr.
- Das Warenangebot umfasst Backwaren, kleine, wechselnde Snacks, in der Mittagspause (11:55 Uhr bis 14:00 Uhr) mindestens ein Mittagessen (Tellergericht) sowie alkoholfreie Getränke. Das Warenangebot wird grundsätzlich mit der Schulleitung abgestimmt.
- Das Mietobjekt ist unter anderem mit Kücheneinrichtungsgegenständen ausgestattet.
- Als Entgelt für die Überlassung der Verkaufsfläche werden 10% des Nettoumsatzes festgelegt.
- Es handelt sich um eine selbstständige Tätigkeit.

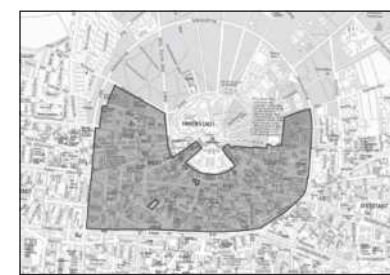
Die Auswahl des Betreibers oder der Betreiberin erfolgt in einem zweistufigen Verfahren. Zunächst erwarten wir Ihre Interessensbekundung sowie ein Kurzkonzept mit Aussagen zum Warenangebot und zum Wareneinsatz, zur Angebotsvielfalt und zur Qualität der Verpflegung. Sofern Sie in die engere Auswahl kommen, laden wir Sie zu einem persönlichen Gespräch ein.

**Bewerbungsfrist: bis 5. April 2024**

Interessenten und Interessentinnen wenden sich bitte per E-Mail an Frau Ingrid Kühne, E-Mail: [ingrid.kuehne@sus.karlsruhe.de](mailto:ingrid.kuehne@sus.karlsruhe.de), Telefon 0721/133-4146, Schul- und Sportamt, Blumenstraße 2 a, 76133 Karlsruhe



## Bebauungsplan „Grünordnung und Klimaanpassung in der Innenstadt“, Karlsruhe – Innenstadt-West und Innenstadt-Ost



Der Bebauungsplan „Grünordnung und Klimaanpassung in der Innenstadt“ mit planungsrechtlichen Festsetzungen gemäß § 9 des Baugesetzbuches (BauGB) und örtlichen Bauvorschriften gemäß § 74 der Landesbauordnung (LBO) wurde unter Beteiligung der Behörden und Stellen, deren Interessen als Träger öffentlicher Belange berührt sind, vom Stadtplanungsamt und dem Gartenbauamt ausgearbeitet.

Dieser Bebauungsplan wird als einfacher Bebauungsplan ergänzend zu den bestehenden Bebauungsplänen im Gebiet aufgestellt. Ziel ist die Sicherung, Entwicklung und Vermehrung von Grün und eine klimangepasste Umgestaltung des Bestands in Hinblick auf die Regenwasserbewirtschaftung. In dem ca. 200 ha großen Plangebiet sollen dabei die Anforderungen, welche die Begrünung der Grundstücke und Gebäude betreffen konkretisiert werden. Bei den Festsetzungen handelt es sich um Mindestanforderungen zur Begrünung und Vermeidung von Flächenversiegelungen.

Der Bebauungsplan erstreckt sich mit seinem künftigen Geltungsbereich über den in obiger Abbildung dargestellten Bereich. Ausgenommen sind die Geltungsbereiche des Bebauungsplans Nr. 615 „Bürgerstraße Änderung“ und des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 886 „Ecke Kaiserstraße, Lammstraße, Zirkel, Ritterstraße“. Von einer Umweltprüfung in Sinne von § 2 Abs. 4 BauGB und der Erstellung eines

Umweltberichtes (§ 2a BauGB) wurde in Anwendung von § 13 Abs. 3 S. 1 BauGB abgesehen.

Es gilt der Bebauungsplanentwurf vom 1. April 2022 in der Fassung vom 2. Februar 2024. Dieser wird zusammen mit der beigefügten Begründung aufgrund des vom Gemeinderat gefassten Beschlusses gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 74 Abs. 7 LBO in der Zeit vom

**11. März bis einschließlich 19. April 2024**

auf der Internetseite der Stadt Karlsruhe unter: <https://www.karlsruhe.de/mobilitaet-stadtbild/stadtplanung/bebauungsplanung/bpl-gruenordnung-und-klimaanpassung-in-der-innenstadt> veröffentlicht.

Darüber hinaus liegen die Unterlagen zur Planung während der Dienststunden beim Stadtplanungsamt in Karlsruhe, Kaiserallee 4, 2. OG, Raum 245, zur allgemeinen Einsicht für die Öffentlichkeit aus. Für die Einsichtnahme wird eine vorherige terminliche Absprache mit den Mitarbeitenden des Stadtplanungsamtes unter der Telefonnummer 0721/133-6142 oder per E-Mail: [planverfahren@stpla.karlsruhe.de](mailto:planverfahren@stpla.karlsruhe.de) empfohlen.

Stellungnahmen zu der beabsichtigten Planung können innerhalb der Auslegungsfrist bei der Stadt Karlsruhe – Zentraler Juristischer Dienst –, Rathaus am Marktplatz (Zimmer C 223), 76124 Karlsruhe (Fax: 0721/133-3009; E-Mail: [zjd@karlsruhe.de](mailto:zjd@karlsruhe.de)), vorgebracht werden. Im Falle einer Niederschrift ist eine vorherige Terminvereinbarung erforderlich (Telefon: 0721/133-3014). Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben.

**Karlsruhe, 1. März 2024  
 Zentraler Juristischer Dienst**

### StadtZeitung Impressum

**Herausgeber von:**  
 Presse- und Informationsamt der Stadt Karlsruhe

**Leitung:**  
 Tobias Jüngert (toj)

**Stellvertretende Leitung:**  
 Helga Riedel (rie)

**Abteilungsleitung Redaktion:**  
 Florian Kaute (kau)

**Schlussredaktion:**  
 Georg Hertweck (eck)  
 Lotta Stähr (los)

**Redaktion:**  
 Jochen Denker (jd)  
 Christian Flier (cf)  
 Manuela Fretz (maf)  
 Benjamin Hasche (has)  
 Gianna Ronge (gia)  
 Daniel Schmid (ds)

**Volontariat:**  
 Paula Liebig (pli)

**Bekanntmachungen:**  
 Barbara Jester

**Fotos:**  
 Boris Burghardt (bob)  
 Monika Müller-Gmelin (mmg)

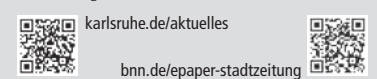
**Anschrift:**  
 Stadt Karlsruhe, 76124 Karlsruhe

**Kontakt:**  
[redaktion@pia.karlsruhe.de](mailto:redaktion@pia.karlsruhe.de)

**Druck:**  
 Badendruck GmbH Karlsruhe

**Auflage:**  
 140000 Exemplare

**Anmerkungen zur Zustellung:**  
 Margit Dörner, Telefon 0721 789-316  
 Vanessa Happle, Telefon 0721 789-313  
[zustellung.karlsruhe@badische-woche.de](mailto:zustellung.karlsruhe@badische-woche.de)



[karlsruhe.de/aktuelles](http://karlsruhe.de/aktuelles)

[bnn.de/epaper-stadtzeitung](http://bnn.de/epaper-stadtzeitung)